



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

land) an und mußten vierundzwanzig Stunden im Meere vor dem Hafen liegen. Dann wurde der schwer beladene Dampfer, der seines Tiefgangs wegen nicht in den eigentlichen Hafen konnte, an eine von der Stadt entfernte Abladestelle geschleppt, um dort seine Waren zu löschen. Dies dauerte volle acht Tage, sodaß wir erst am 20. Juli abends von Leith abfuhren und am 22. abends in Hamburg ankamen. Die Seereise von Baltimore bis Hamburg, einschließlich des Aufenthaltes in Leith, hatte also reichlich dreiundzwanzig Tage gedauert.

Vielleicht lenken diese nüchternen und durchaus wahrheitsgetreuen Angaben etwas die Aufmerksamkeit auf die Varias unter den Schiffsreisenden. Es sind doch sozusagen auch Menschen! Ich selbst unterlasse jede weitere Bemerkung.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Ein neues Programm. Parteiprogramme sind bei uns mit Recht in Mißkredit geraten. Was die großen alten Parteien wollen, weiß jedermann, und die Redensarten, mit denen sie ihre Absichten zu umhüllen und herauszuputzen pflegen, wissen wir auswendig. Da ist vom Hauche eines lebendigen Geistes, der sich einen neuen Leib bauen könnte, nichts zu spüren, nichts von einem kräftigen Keime, aus dem eine schönere Zukunft erblühen könnte. Nicht einmal die negative Leistung der Einstellung ihrer Fäulnisse bis zur Niederwerfung des gemeinsamen Feindes bringen sie fertig, und nicht ohne Erbarmen kann man es mit ansehen, wie sich die mittelparteilichen Zeitungschreiber mit dem „Zusammenschluß aller staats-erhaltenden Elemente“ abquälen und ohne die geringste Aussicht auf Erfolg daran arbeiten, aus diesem Chaos von Schwäche, Unklarheit, größter Selbstsucht und widerlichen Hänken ein wohldiszipliniertes Heer zu schaffen. Den Staat brauchen die Staatserhaltenden glücklicherweise nicht zu erhalten; dessen militärisch-bürokratisches Gefüge steht fest und erhält sich allein, ja erhält die Staatserhaltenden mit, aber eben darin liegt das Bedenkliche, daß er nicht mehr ein sich umbildender und mit dem Bedürfnis fortbildender lebendiger Leib, sondern ein toter Mechanismus ist. Lebenskeime haben wir also nur bei den einzelnen von den Parteien abseits stehenden Politikern und bei den kleinen neuen Parteien zu suchen. Zwei von den letztern verdienen besondere Beachtung: die süddeutschen Demokraten und die deutsch-soziale Reformpartei. Die einen nehmen den liberalen und Fortschritts-gedanken wieder auf, der in Nord- und Westdeutschland teils vor dem Absolutismus kapituliert, teils Schiffbruch gelitten hat, die andern versuchen, den konservativen Gedanken, dessen alte Vertretung versumpft und zerrüttet ist, fortzubilden.

Das jüngst erschienene Programm der deutsch-sozialen Partei ist viel zu lang, als daß wir es Satz für Satz erörtern könnten, und diese übermäßige Länge, die übrigens nicht etwa durch Phrasenhaftigkeit, sondern durch die Menge der aufgestellten Forderungen entstanden ist, muß gleich von vornherein als der Grundfehler bezeichnet werden. Selbst wenn die Partei zur größten und mächtigsten Partei heranwüchse, würde sie bis zum Ende der Welt so viele Forderungen nicht durchzusetzen vermögen, zumal da, was bei einer so großen Menge unvermeidlich ist, die einen den andern widersprechen. Aber parlamentarische Erfolge hat wohl der Parteivorstand auch gar nicht im Auge gehabt, sondern er hat bloß alles aus-

sprechen wollen, was wünschenswert ist und vom Volke wirklich gewünscht wird im deutschen Vaterlande. Da ist zunächst eine Anzahl demokratischer Forderungen: allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht mit geheimer, gesetzlich nach Möglichkeit geschützter Abstimmung, Erweiterung des Wahlrechts zur Wahlpflicht, Tagegelde für die Abgeordneten, Sicherung der Rede-, Preß-, Vereins-, Versammlungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit, sowie des Koalitionsrechts, Beschränkung und unter Umständen Verbot der Nachtarbeit, sowie der Frauen- und Kinderarbeit, Vereinfachung der Arbeiterschutzgesetze (soll ohne Zweifel heißen der Zwangsversicherungsgesetze), Erhöhung der Renten, Herabsetzung der Altersgrenze, Arbeitsnachweis, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Maximalarbeitstag, weibliche Fabrikinspektoren, Förderung der Produktivgenossenschaften, Entschädigung der schuldslos Verurteilten und der Untersuchungsgefangenen, Abschaffung des Voreides, Freistellung der konfessionellen Eidesformel, Erhebungen über die Lage der Subaltern- und der Unterbeamten, keine weitere Vermehrung solcher indirekten Steuern, die die unteren Schichten treffen, Beseitigung der Doppelbesteuerung der produktiven Klassen (damit ist jedenfalls die Aufhebung der Gewerbesteuer gemeint), progressive Einkommen-, Kapitalrenten- und Erbschaftsteuer und ähnliche schöne Dinge. Dieser Teil des Programms macht den Bruch der deutsch-sozialen Partei mit der konservativen, aus der sie hervorgegangen ist, unheilbar; kein Landrat wird mehr ihre Kandidaten empfehlen, und die Konservativen werden auf die Verwendung des so zugkräftigen Antisemitismus verzichten müssen.

Eine zweite Gruppe von Forderungen ist dem Bauernstande gewidmet und trägt agrarisches Gepräge. Die Verfasser dieser Sätze sind von dem guten Glauben ausgegangen, daß die Schilderung der Lage der Landwirtschaft, wie sie sich in den Agrarierorganen findet, wahrheitsgetreu sei, und sie glauben auch an die Heilkraft der von diesen vorgeschlagenen Mittel, wie Schutzzölle, Börsenreform und Währungsänderung. Wir haben uns mit der Untersuchung der „Not der Landwirtschaft“ so oft und so gründlich beschäftigt, daß wir nicht nötig haben, die in diesem Teil des Programms enthaltenen Irrtümer besonders zu beleuchten, sondern bemerken nur, daß er auch Forderungen enthält, denen wir beipflichten, z. B. die Bekämpfung der Ringbildung und Schutz gegen Wucher und Güterschlächtereien. Ebenso wenig haben wir natürlich gegen die Reform der Börse etwas einzuwenden und gegen die Beseitigung des Börsenspiels, wenn sie möglich sein sollte. Ob sie möglich sei, das eben ist bei der fast unlöslichen Verflechtung des Differenzspiels mit dem unentbehrlichen Zeitgeschäft die Frage. Dann aber scheinen die Verfasser des Programms die von den Agrarierorganen verbreitete irrige Ansicht zu teilen, als ob das Spiel an der Getreidebörse den Bauern schadete. Das ist aber, wie der Augenschein lehrt, durchaus nicht der Fall. Die Spieler ziehen immer nur einander gegenseitig, aber niemals dem Bauer das Geld aus der Tasche; dieser könnte nur dann dabei verlieren, wenn er selbst mitspielte. Den Getreidebesitzern schaden die Spieler so wenig, wie die Wettenden beim Pferderennen den Pferdebesitzern. Die Niedrigkeit des Preises, die von den Landwirten beklagt wird, ist nicht eine Wirkung des Spiels, sondern der in der Welt vorhandnen Getreidefülle und des Weltverkehrs, der diese Fülle jedem Orte zugänglich macht. Das Spiel aber wirkt ausgleichend und vermindert die Preisschwankungen, bringt also — so unmoralisch es an sich sein mag — den Getreideproduzenten Vorteil. Wir haben, wie gesagt, gegen die Beseitigung dieses unmoralischen Spiels durchaus nichts einzuwenden, aber wenn man sich einbildet, die Bauern würden davon einen Gewinn haben, so ist das eben Einbildung. Will man das Publikum vor Spiel-

verlusten schützen, so giebt es kein besseres Mittel, als die Verbreitung der zwei Wahrheiten, daß keiner an der Börse Geld verlieren kann, der nicht mißspielt, und daß jeder nicht zu den Eingeweihten gehörende, also jeder kleine Geschäftsmann oder Rentner in der Provinz, der an der Börse spielt, ein Esel ist, weil es im voraus feststeht, daß er sein Geld verliert.

Unter den Forderungen dann, die zu Gunsten der Handwerker und Kaufleute erhoben werden, befinden sich viele, denen wir beistimmen, wie: Verbesserung des Submissionswesens, Aufhebung der Zuchthausarbeit für Private, Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, Verschärfung der Konkursordnung, Verbot der Schwindelausverkäufe, Beseitigung aller amtlichen Begünstigungen der Beamten- und Konsumvereine vor dem freien Gewerbebetrieb, Besserung der sozialen Lage der Handlungsgehilfen. Andre Forderungen sind von zweifelhaftem Wert; was soll z. B. die „Beseitigung der zügellosen Gewerbefreiheit“ bedeuten? Dem Gewerbebetriebe sind heute schon eine Menge Zügel angelegt, es könnte doch also höchstens gefordert werden, daß ihm noch mehr angelegt würden, und da müßte doch deutlich gesagt werden, welche.

Der antisemitische Teil des Programms macht sich nicht besonders breit. Die „Auscheidung des jüdischen Elements aus deutschen Schulen,“ wenn darunter die Auscheidung der jüdischen Lehrer aus christlichen Schulen verstanden wird, und das Verbot der Einwanderung fremder Juden sind berechnete Forderungen und ohne Änderung der Gesetzgebung auf dem Verwaltungswege leicht durchzusetzen; dagegen stehen der „Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden“ schier unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege. Außer den allgemein bekannten ist noch eine vorhanden, die man bis jetzt gar nicht beachtet zu haben scheint. Wird der Grundsatz aufgestellt, daß nur Männer deutscher Abstammung Vollbürger oder überhaupt Bürger des deutschen Reichs sein dürfen, dann muß das Bürgerrecht auch den Polen entzogen werden, woraus dann weiter folgt, daß sie auch nicht zum Kriegsdienst zugelassen werden dürfen. „Germanisierung der Polen“ ist Unsinn; der Pole wird dadurch, daß er deutsch radebrechen lernt, ebenso wenig ein Deutscher, wie unsre Gymnasiasten durch ihr lateinisch Radebrechen Römer, und Juden, die gar keine andre Sprache gelernt haben als die deutsche, dadurch Deutsche werden.

Endlich wird auch „Erhaltung und Erwerbung von Handels- und Ackerbaukolonien“ gefordert, und das ist nun die Hauptsache; denn mit der Ausbreitung der Deutschen über ein weiteres Gebiet werden viele der uns bedrückenden Nöte von selbst wegfallen, die auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigen zu wollen Sisyphusarbeit ist. So z. B. will das Programm der Not der Landwirtschaft, die, wie wir oft dargelegt haben, die eigentliche wirkliche Not ist, durch Einführung des Anerbenrechts abhelfen und durch „Unpfändbarkeit und Unteilbarkeit eines zur Erhaltung einer Familie nötigen Mindestbesitzes.“ Was will man denn aber, ohne ausreichenden Kolonialbesitz, mit den Geschwistern des Anerben anfangen? Will man sie totschlagen oder mit Grundbesitz auf dem Monde ausstatten? Und wenn sie am Leben und auf Erden bleiben, gehören sie nicht auch zum deutschen Volke, und müßten sie nicht binnen kurzem die Mehrheit des Volkes bilden, oder bilden sie sie nicht vielmehr jetzt schon? Denn was sind denn unsre Proletarier anders als enterbte Nachkommen von Grundbesitzern?

---

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig